

Positionen der im hessischen Landtag vertretenen Parteien zur Hochschulpolitik im Landtagswahlkampf 2018

- Ein Abfrage der LandesAStenkonferenz (LAK) Hessen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft -

Bildungsgerechtigkeit:

- **Wie steht Ihre Partei zu dem Verwaltungskostenbeitrag, den Studierende in Hessen bezahlen müssen?**

Der Verwaltungskostenbeitrag wird für die Leistungen der Immatrikulation, Beurlaubung, Rückmeldung und Exmatrikulation, bei der allgemeinen Studienberatung sowie für die Leistungen der Auslandsämter und bei der Vermittlung von Praktika erhoben und ist Teil des Semesterbeitrags, den Studierende zu entrichten haben. Eine Änderung oder grundsätzliche Abschaffung ist nicht geplant.

- **Wie steht Ihre Partei zu der Idee von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten in Hessen? Wie steht Ihre Partei zu allgemeinen, Zweit- oder Langzeitstudiengebühren in Hessen?**

Ziel der Freien Demokraten ist, dass jeder junge Mensch, der studieren will und dazu fachlich in der Lage ist, auch studieren kann. Deshalb ist die Frage der Hochschulfinanzierung weitaus umfassender als das sie sich auf die oben gestellten Fragestellungen reduzieren lassen. Wir Freie Demokraten möchten eine grundsätzliche Veränderung des Finanzierungssystems, um die finanziellen Rahmenbedingungen der Hochschulen zu verbessern. Es ist unser Anliegen, dass die Hochschulfinanzierung zwischen Land und Bund neu geregelt wird, denn der Staat muss für jeden Studierenden, der sich für ein Studium in zertifizierter Qualität entscheidet, konsequent und trägerunabhängig die Kosten nach dem Modell „Geld folgt Student“ (GefoS) an die entsprechende Bildungseinrichtung zahlen. Dabei hängt die Höhe des Semesterbetrags vom jeweiligen Fach ab (Clusterpreis) und wird deutschlandweit einheitlich festgesetzt. Wenn sich ein Studierender für eine private Hochschule entscheidet, hat diese denselben Anspruch wie eine Hochschule in staatlicher Trägerschaft, den Clusterpreis zu erhalten.

Wir setzen uns ferner dafür ein, dass Studierende eine ausreichende finanzielle Unterstützung für die Kosten der Lebenshaltung erhalten und Hochschulen über eine angemessene soziale Infrastruktur verfügen. Daher sind wir der Überzeugung, dass das bisherige BAföG-System der Finanzierung grundlegend reformiert werden muss. In Zukunft soll allen Studierenden ein elternunabhängiger Zuschuss in Höhe von 500 Euro gewährt werden. Zugleich sollen die Studierenden die Möglichkeit bekommen, ein zinsgünstiges und zinsstabiles Studiendarlehen in Höhe von bis zu 500 Euro monatlich aufzunehmen. Bei der Rückzahlung ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der oder des Einzelnen zu berücksichtigen.

Jedoch wollen wir Freie Demokraten zusätzlich zur Anpassung der Grundfinanzierung die Hochschulen auch stärken, indem wir ihnen die Möglichkeit eröffnen, die Studierenden angemessen an den Kosten des Studiums zu beteiligen und die so eingenommenen Gelder den Hochschulen ungekürzt zur Verfügung zu stellen. Diese Gebühren können je Hochschule und Studienfach variieren und werden während der Zeit der Berufstätigkeit nachgelagert erhoben, so dass niemand an der Aufnahme eines Studiums aus finanziellen oder sozialen Gründen gehindert wird, da dies unserem Verständnis von Chancengerechtigkeit widersprechen würde. Deshalb sollen die nachgelagerten Studiengebühren unter Berücksichtigung eines Grundfreibetrags an die Einkommenshöhe gekoppelt werden. Dadurch hat jeder junge Mensch die Möglichkeit, ein qualitativ hochwertiges Hochschulstudium zu absolvieren und die Hochschulen werden in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt.

- **Wie plant Ihre Partei mehr Menschen den Zugang zu einem Studium zu ermöglichen? Wie plant Ihre Partei das neuste Urteils des Bundesverfassungsgericht zum sog. NC umzusetzen?**

Es besteht die Notwendigkeit des Gesetzgebers, die rechtlichen Regelungen so zu verändern, dass sie verfassungsgemäß sind. Die Auswahlverfahren an unseren Hochschulen im Land müssen zwingend überprüft und gegebenenfalls neugestaltet werden. Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine gerechtere Studienplatzvergabe ein, damit auch in Zukunft gut vorbereitete und ausgebildete Fachkräfte die Hessischen Hochschulen verlassen. Es zeigt sich einmal mehr in diesem Zusammenhang, dass eine Reform der Zulassungssysteme erfolgen muss. Wir möchten anstatt des derzeitig gängigen Verfahrens die jeweiligen Universitäten stärken und ihnen die Möglichkeit eröffnen, eigene Zulassungskriterien zu entwickeln, die in die Entscheidung zur Studienplatzvergabe mit einfließen. Neben den Noten, die unseres Erachtens auch unterschiedlich gewichtet werden können, sollen auch zusätzliches Engagement und Praxiserfahrungen stärker gewichtet werden können.

- **Ob und wie will Ihre Partei gewährleisten, dass Studierende in Hessen ihr Masterstudium absolvieren können?**
- **Wie bewertet Ihre Partei die gegenwärtigen Kapazitäten an Studienplätzen in Hessen und wie plant sie diese fortzuentwickeln?**

Die Prognosen hinsichtlich der Studierendenzahlen haben deutlich ergeben, dass die Nachfrage nach einem Studienplatz sich in den nächsten Jahren kaum verringern wird und mit Blick auf den Fachkräftemangel auch zunehmend Bedeutung hat. Daher sehen wir es als Aufgabe des Landes gemeinsam mit den Hochschulen ein Zukunftskonzept zu erarbeiten, das die Bedarfe in den Blick nimmt. Wir Freie Demokraten stehen zur Hochschulautonomie und möchten daher die Hochschulentwicklungsplanung, die auch das Studienangebot umfasst, nicht einschränken. Jedoch muss sichergestellt sein, dass die finanziellen Mittel bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Hochschulfinanzierung:

- **Auf welchem Wege will Ihre Partei eine tragfähige Ausfinanzierung der Hochschulen in Hessen sicherstellen?**
- **Wie steht Ihre Partei zum Hochschulpakt 2020 und einer möglichen Fortführung? Welchen Veränderungsbedarf sieht sie gegebenenfalls?**
- **Wie bewertet Ihre Partei die Zunahme und Bedeutung der Drittmittel für die Hochschulen? Was plant Ihre Partei um Transparenz in diesem Bereich zu schaffen?**
- **Wie bewertet Ihre Partei die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern sowie die landeseigene Initiative LOEWE und was plant sie hierbei in Zukunft?**

Wegen des Sachzusammenhangs werden die Fragen zusammenhängend beantwortet. Zudem wird auf die Antwort auf Frage 2 hingewiesen, die bereits grundlegende Ausführungen zur Frage der Hochschulfinanzierung enthält, die deshalb nicht noch einmal an dieser Stelle wiederholt werden sollen.

Wir Freien Demokraten sind der Überzeugung, dass die Hochschulen finanzielle Verlässlichkeit und Planungssicherheit brauchen und eine bedarfsgerechte Finanzierung erfolgen muss. Es ist auch ersichtlich, dass die Qualität des Studiums und die notwendige Verbesserung der Betreuungsrelation nicht von der Frage der Grundfinanzierung zu trennen ist, sondern das bedarfsbezogen das Konzept des verlässlich finanzierten Mittelaufwuchses, wie im derzeitigen Hessischen Hochschulpakt vereinbart, überprüft und weiterentwickelt werden muss. Wir fordern, dass die Fortführung des Hochschulpaktes unter Einbeziehung aller hessischen Hochschulen und Berücksichtigung von besonderen Bedürfnissen stattfindet. Darüber hinaus sind die QSL-Mittel auch zukünftig bereitzustellen und nicht gegenzurechnen.

Die Finanzmittel aus dem Hochschulpakt 2020 des Bundes müssen verstetigt und in voller Höhe durch zusätzliche Mittel aus dem Landesetat kofinanziert werden. Wir sind der Überzeugung, dass das Land hier Verantwortung übernehmen und sich aktiv auf Bundesebene dafür einsetzen muss, dass die Fortführung von Programmen zugesichert wird. Kurzfristige Entscheidungen gefährden die Planungssicherheit der Hochschulen und verengen deren Spielräume in Hinblick auf die Verbesserung der Qualität der Lehre und Forschung sowie die Gewinnung von herausragendem Personal. Vor diesem Hintergrund sehen wir jedoch die Notwendigkeit, grundlegende Veränderungen im Bereich der Hochschulfinanzierung (siehe Frage 2) anzustreben.

Wir wollen die Landes-Offensive zur Entwicklung wissenschaftlich-ökonomischer Exzellenz (LOEWE) mit den LOEWE-Zentren und Schwerpunkten fortführen. Die wissenschaftliche Exzellenz muss jedoch auch nach dem Auslaufen der zugesagten Projektfinanzierungen nachhaltig gesichert werden. Aber exzellente Forschung und Lehre braucht neben Landes- und

Bundesmitteln auch Drittmittel. Diese stellen nach Auffassung der Freien Demokraten ein wesentliches Element des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen und eine wichtige zusätzliche Finanzquelle dar. An dieser Finanzierungssäule werden wir auch in Zukunft festhalten. Die Hochschulen sollen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Forschung und Lehre langfristig eigenes Vermögen bilden. Hochschulsponsoring sehen wir als Bereicherung und darf deshalb nicht durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Die Einrichtung von Stiftungsprofessuren unterstützen wir. Es gilt dabei, die Freiheit der Wissenschaft und Forschung zu wahren. Sie steht nicht zur Disposition. Deshalb muss es auch eine Rechenschaftspflicht geben, die die Transparenz der Entscheidungen und Mittelverwendung gewährleistet.

Studienbedingungen:

- **Wie bewertet Ihre Partei den Umsetzungsstand des Bologna-Prozesses und welchen Reformbedarf sieht sie bei der Studienstruktur in Hessen?**
- **Wie steht Ihre Partei zu einem Recht auf ein Teilzeitstudium?**
- **Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung der Anwesenheitspflicht im Rahmen einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes?**
- **Wie bewertet Ihre Partei das im HHG vorgesehene Orientierungsstudium und wie möchte sie Hochschulen motivieren dieses einzuführen?**
- **Wie will Ihre Partei gewährleisten, dass Studierende auch oberhalb der Regelstudienzeit problemlos studieren können?**

Wir Freie Demokraten stehen zum Bologna-Prozess, möchten diesen auch fortentwickeln und die begonnene Schaffung eines europäischen Hochschulraumes weiter vertiefen. Problematisch erscheint uns, dass im Rahmen der Umstellung deutlich mehr Bürokratie und Restriktionen entstanden sind. DHier muss nachgesteuert werden. Die Umsetzungsmöglichkeiten gilt es zusammen mit den Hochschulen im Rahmen der Zielvereinbarungen fortzuentwickeln. Ferner müssen auch die Anerkennung von Abschlüssen, Studienleistungen und die Möglichkeit von Doppelabschlüssen gestärkt und internationale bzw. mehrsprachige Studienangebote ausgeweitet werden, wenn diese dem jeweiligen Profil der Institute und Fakultäten an den Hochschulen entsprechen. Der Austausch von Studierenden, aber auch von Lehrenden und Wissenschaftlern soll auch weiterhin unterstützt werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Pflege, Erwerbstätigkeit und der Willen zur beruflichen Weiterqualifizierung sind Faktoren, die Studierende dazu bringen, nicht mehr in Vollzeit zu studieren, sondern die Angebote an ihre Bedürfnisse anzupassen. Wir Freie

Demokraten befürworten die Flexibilisierung und unterstützen die Hochschulen dabei, diesbezüglich neue Wege zu gehen. Gerade mit Blick auf die Digitalisierung entstehen Möglichkeiten, die genutzt werden können. Aber Digitalisierung bedeutet für uns nicht nur die Bereitstellung und Gewährleistung der digitalen Infrastruktur, sondern sie bedeutet auch, dass die Hochschulen Lehre und Forschung an die Herausforderungen anpassen. Die Hochschulen sollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und webbasierte Angebote bereitstellen können. Die „virtuelle“ Hochschule, die über Live-Streams, moderne Methoden von digitaler Wissensvermittlung und entsprechenden Onlineangeboten, mobiles Internet, Onlineverwaltung und Cloud-Lösungen verfügt, soll keine Vision bleiben. Studien-, Prüfungs- und Praktikumsordnungen sind dahingehend zu überprüfen und anzupassen, dass sie den oben genannten Bedürfnissen Rechnung tragen und einen erfolgreichen Abschluss ermöglichen. Infrastrukturmaßnahmen wie z. B. die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen, Anpassung der Öffnungszeiten von Bibliotheken und Laboren müssen ebenfalls unterstützt werden.

- **Wie steht Ihre Partei zu Verbesserungen der Staatsexamen?**

Grundlegende Veränderungen beim Staatsexamen streben wir nicht an.

Soziale Infrastruktur:

- **Wie plant Ihre Partei der studentischen Wohnraumnot und den hohen Mieten in Städten entgegen zu wirken?**
- **Wie und in welchem Umfang plant Ihre Partei die Weiterentwicklung der Mobilität (z.B. ÖPNV, Straßennetz, Fahrrad) für Studierende in Hessen? Wie plant Ihre Partei die Finanzierung der Semestertickets zu unterstützen?**
- **Wie und in welchem Umfang plant Ihre Partei in Zukunft die Studierendenwerke in Hessen zu finanzieren? (Reduzierung des Beitrags der Studies)**
- **Wir Freie Demokraten wollen die Programme zum Bau von Studentenwohnungen verstärkt fortsetzen. Dabei soll auch auf serielles und damit kostengünstiges Bauen gesetzt werden. Entscheidend ist aber immer, dass mehr Bauland ausgewiesen wird. Die von der Landesregierung initiierte Baulandoffensive werden wir evaluieren und effizienter gestalten. Wir wollen die Kommunen bei der Ausweisung von neuem Bauland besser unterstützen, Hürden beseitigen und auch durch Nachverdichtung an geeigneten Stellen sowie auf die Schließung von Baulücken hinwirken. Gerade in Ballungsgebieten ist der Erfolg dabei abhängig von einer intelligenten Strukturpolitik.**

Bezüglich der Weiterentwicklung der Mobilität wollen wir Gründer und Start-Ups unterstützen, die neue Antriebstechnologien (z.B. E-Mobilität), Nutzungskonzepte und Mobilitätsplattformen entwickeln, die vom Nutzer aus denken und das jeweils passende Angebot, Bahn, Auto oder Fahrrad, erstellen. Mit diesen Zukunftskonzepten wird gerade auch für Studierende eine größere Flexibilität verbunden sein. Außerdem gehört für uns freies WLAN im ÖPNV genauso dazu, wie ausreichend Kapazitäten im ÖPNV und eine Verbesserung der Servicequalität im Regionalverkehr. Insgesamt gilt es die verschiedenen Verkehrsträger noch besser zu vernetzen.

- **Wie plant Ihre Partei Student*innen bei der Studienfinanzierung zu unterstützen?**

Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt halten wir Freie Demokraten das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für nicht mehr zeitgemäß. Denn es ist sehr bürokratisch, sodass die eingesetzten Mittel zu einem großen Teil in die Verwaltung des BAföG statt in die Studierendenförderung fließen. Es erreicht auch zunehmend weniger Studierende, sodass viele Studierende darauf angewiesen sind, vielfältige Nebenjobs auszuüben, statt sich auf das Studium zu konzentrieren. Wir setzen uns daher für eine grundlegende Reform ein, durch die die BAföG-Förderung erleichtert, entbürokratisiert und elternunabhängig gestaltet wird. Junge Menschen sind eigenständige Persönlichkeiten, die sich selbst für ihren Ausbildungsweg entscheiden wollen. Die Wahl der Ausbildung stellt für sie die Weichen für die Zukunft. Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende sollen ihren Talenten folgen und müssen ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen können. Deshalb darf die Finanzierung auch für niemanden an den Vorstellungen der Eltern oder deren Einkommen scheitern. Die Förderung soll künftig aus einem Zuschuss in Höhe von 500 Euro sowie einem Darlehensangebot bestehen. Sie ist in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechend anzupassen. Die Refinanzierung des Zuschusses erfolgt über die eingesparten Kosten der bisherigen BAföG-Bürokratie und die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Schülerinnen und Schülern, Azubis und Studierenden. Für den Teil, der als Darlehen gewährt wird, sollen sich die Rückzahlungsmodalitäten nach Abschluss des Studiums am späteren Einkommen orientieren und ein (Teil-)Erlass aufgrund sehr guter Studienleistungen möglich sein. Darüber hinaus wolle auf der Ebene der persönlichen Finanzierung der Studierenden das Stipendienwesen weiter ausbauen. Wir fordern, dass die hessischen Hochschulen ihr Kontingent an Deutschlandstipendien ausschöpfen.

Studentische Mitbestimmung:

- **Wie steht Ihre Partei zum Politisches Mandat der Student*innenvertretungen?**
- **Wie steht Ihre Partei zu Paritätische Gremienbesetzung und Beteiligung von Student*innen in akademischen Gremien?**

Die studentische Mitbestimmung ist gesetzlich verankert und grundsätzlich zu begrüßen. Sie kann Verbesserungen in Studium und Lehre bewirken. Gerade bei autonomen Hochschulen sollen die Studentinnen und Studenten an Entscheidungen in den Hochschulen beteiligt und vor allem bei den sie betreffenden Angelegenheiten einbezogen werden. Wir sehen derzeit keinen Änderungsbedarf bei den geltenden Regelungen und setzen auf Besetzung nach Eignung und Befähigung, unabhängig von Quotierungen. Dessen ungeachtet müssen sich die Hochschulen und vor allem die studentischen Vertretungen mit der Frage der Wahlbeteiligung und der sich daran verknüpfenden Frage der demokratischen Legitimation auseinandersetzen.

Forschung und Arbeit:

- **Wie will Ihre Partei gute Rahmenbedingungen für die Promotion gewährleisten?**

Bezüglich der Voraussetzungen und der Realisierung der Promotion haben die Hochschulen in den vergangenen Jahren bereits vielfältige Konzepte entwickelt und Veränderungen vorgenommen, um die Doktorandinnen und Doktoranden besser zu unterstützen. Wir befürworten auch diesbezüglich die freien Handlungsspielräume der Hochschulen und vertrauen darauf, dass diese den Weg fortführen. Daher lehnen wir zu starre Regulierungen ab. Eine fachlich hochwertige Begleitung durch den Betreuer ist unerlässlich und die Einhaltung von Qualitätsstandards muss gewährleistet werden.

- **Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses?**
- **Was versteht Ihre Partei unter guten Arbeitsbedingungen an hessischen Hochschulen?**
- **Wie steht Ihre Partei zur Aufnahme der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in den Tarifvertrag? Wie steht Ihre Partei zur Schaffung einer Personalvertretung für studentische Hilfskräfte?**

Wir Freie Demokraten stehen für ein deutliches Mehr an Hochschulautonomie und möchten den Hochschulen Fragen der Personalhoheit und –entwicklung überlassen. Deshalb sollten die Hochschulen auch mit Blick auf den Wettbewerb um die besten Köpfe die Interessen der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte einbeziehen. Wir sind der Überzeugung, dass die beste Lehre, aber auch die beste Forschung nur verwirklicht werden können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Wir möchten daher die Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler. Tenure-Track-Professuren bieten hierfür ebenso eine Möglichkeit wie die Flexibilisierung von Forschungs- und Lehranteilen. Den Bedürfnissen von Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in verstärkter Form Rechnung getragen werden. Dies gilt auch für den sogenannten akademischen Mittelbau, dem bessere Karrierechancen und Arbeitsbedingungen geboten werden müssen. Den Hochschulen müssen dafür auch die rechtlichen Befugnisse übertragen

werden, um diese Möglichkeiten realisieren zu können. Dazu gehört auch, dass die Position der Hochschulen im Rahmen der Berufungsverhandlungen gestärkt und Flexibilisierungen ermöglicht werden.

- **Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer Zivilklausel im Rahmen einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes?**

Wir Freie Demokraten lehnen so genannte Zivilklauseln ab und vertrauen auch in dieser Frage den Hochschulen, die Verantwortung für Lehre und Forschung übernehmen und Leitlinien aufgestellt haben. Unser Grundgesetz garantiert die Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Art. 5 Absatz 3 GG „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“) ohne Einschränkungen durch allgemeine Gesetze. Eine Begrenzung erfahren diese Freiheiten „nur“ durch verfassungsimmanente Schranken. Deshalb treten wir für eine freie Forschung ein, in der jeder Wissenschaftler die Verantwortung für seine Arbeit übernimmt und im Einzelfall entscheidet, ob ein Projekt und eine Kooperation dem Status der Hochschule als zivile Einrichtung gerecht wird.

Gleichstellung:

- **Wie plant Ihre Partei die Frauen*förderung an Hochschulen voranzubringen? Was plant Ihre Partei gegen sexuelle Übergriffe zu tun?**

Grundsätzlich sind wir der Überzeugung, dass Besetzung und Einstellung nach Eignung und Befähigung, unabhängig von Quotierungen erfolgen soll. Es muss eine Chancengleichheit herrschen und zwar unabhängig vom Geschlecht. Deshalb möchten wir, dass die Fähigkeiten und Qualifikationen von Frauen in den Mittelpunkt rücken anstatt die familiäre Situation. Jede Frau und jeder Mann soll die passenden Rahmenbedingungen vorfinden, um das eigene Potenzial vollentfalten und das Leben nach eigener Vorstellung gestalten zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass den besonderen Bedürfnissen wie z.B. der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Flexibilität von Arbeitszeiten Rechnung getragen wird. Dies ist jedoch kein frauenspezifisches, sondern ein gesamtgesellschaftliches Thema, das auch ein Umdenken und vor allem modernes Handeln einfordert. Wir benötigen einen flexiblen Arbeitsmarkt, der Männern wie Frauen faire Chancen bietet und in dem Pausen im Arbeitsleben oder phasenweise Teilzeit kein Hemmnis in der beruflichen Weiterentwicklung darstellt.

Einer Selbstverpflichtung der Hochschulen, den Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils durch besondere Förderprogramme und der verstärkten Berücksichtigung in Gremien stehen wir positiv gegenüber, jedoch nicht durch eine gesetzliche Quote.

Ob in privatem oder öffentlichem Raum: es darf keine Form von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt zugelassen werden. Vordringlich gilt es ein Klima zu schaffen, das solche Vorfälle verhindern soll und diese entschieden ablehnt. Die Hochschulen sollen dementsprechend Präventions- und Schutzmaßnahmen realisieren. Dazu zählt auch, dass sexuelle Belästigung ernst genug genommen wird, Vertrauenspersonen und Ansprechpartner bekannt sind, die Betroffene unterstützen und begleiten können.

- **Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Barrierefreiheit an Hochschulen zu erhöhen?**

Wir treten dafür ein, dass Belange Studierender mit Behinderungen in der Hochschulentwicklungsplanung berücksichtigt werden. Die Studierenden sollen sich die Hochschule aussuchen, die für sie am besten geeignet ist, und die Hochschulen sollen sich für die Studierenden entscheiden, die die spezifischen Anforderungen ihrer Studiengänge am besten erfüllen.

- **Was plant Ihre Partei gegen Diskriminierung an Hochschulen zu tun? Wie will Ihre Partei einen wirksamen Diskriminierungsschutz schaffen?**

Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung und sehen die Hochschulen in der Verantwortung, sich dieser Aufgabe zu stellen. Dazu zählt es, die Studierenden und Mitarbeitenden ernst zu nehmen und sich gegen Benachteiligungen zu wenden. Unabdingbar sind ein offener Dialog, die Identifikation von strukturellen bzw. mittelbaren Diskriminierungen und die Schaffung eines Bewusstseins, welches sich mit den Themen und Formen auseinandersetzt und dann Maßnahmen wie z.B. Informationsmaterialien und –angebote, Beratungsangebote, Beschwerdestellen und Präventionsangebote realisiert. Die rechtlichen Pflichten ergeben sich aus den Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, die von den Hochschulen geachtet und umgesetzt werden sollen.